

PRESSEMITTEILUNG

Gewalt gegen Frauen hat massive Folgen

Anzahl gemeldeter Fälle gestiegen. Folgekosten liegen im Milliardenbereich.

BERLIN | 23.11.2021

Am 25.11. ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Das Bundesfrauenministerium veröffentlichte gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt anlässlich dieses Tages die Auswertung zu Gewalt in (Ex)Partnerschaften für das Jahr 2020. Die Zahl der durch (Ex)Partner getötete Frauen ist auf 139 gestiegen. Zusätzlich schätzt eine aktuelle Studie [des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen \(EIGE\) die Kosten geschlechtsspezifischer Gewalt](#) in der EU auf 366 Milliarden Euro pro Jahr. Die gesellschaftlichen Folgekosten von häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen belaufen sich für Deutschland demnach auf ca. 54 Milliarden Euro pro Jahr, das ist die unglaubliche Summe von 148 Millionen Euro pro Tag.

Katja Grieger vom bff dazu: „All diese Zahlen zeigen, um was für ein gravierendes gesellschaftliches Problem es sich bei Gewalt gegen Frauen handelt. Die Fälle in der PKS sind nur die bei der Polizei angezeigten Fälle. Gewalt gegen Frauen kostet die Gesellschaft jährlich mehr als die Folgen von Verkehrsunfällen.“

Die hohen Kosten entstehen z.B. im Gesundheitssystem, bei Polizei und Justiz und durch Arbeitsausfall der Betroffenen. Nur ein verschwindend geringer Teil der 54 Milliarden wird bisher für die staatliche Finanzierung von Unterstützungsangeboten aufgewendet. „Dabei sind diese das wichtigste Instrument, um die Gewalt langfristig zu reduzieren und das Leiden der Betroffenen zu beenden“, so Grieger weiter. Für von Gewalt betroffene Frauen sind Fachberatungsstellen der Schlüssel zum Hilfesystem. Sie beraten Betroffene, Bezugspersonen und Fachkräfte, sie unterstützen in Krisen, bieten Wissensvermittlung und Prävention.

Fachberatungsstellen unterstützen auch Frauen, die von schwerer Gewalt und Tötungsversuchen betroffen sind und sorgen für mehr Sicherheit. Um Tötungen zu verhindern, braucht es klar abgestimmte Maßnahmen und Kooperationen vor Ort von allen Unterstützer*innen. Dazu veröffentlicht der bff am 25.11. [ein umfangreiches Best-Practices-Handbuch sowie Erklärvideos zum Thema hochgefährdete Frauen](#) mit Beraterinnen aus der Praxis.

Um die Gewalt und ihre Folgekosten langfristig zu reduzieren, muss die Istanbul-Konvention des Europarates vollständig umgesetzt werden. Sie verlangt eine staatliche Gesamtstrategie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Und sie verlangt ausreichend Geld im Unterstützungssystem. „Wir hoffen sehr, dass angesichts dieser erschreckenden Zahlen die Politik aufwacht und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ganz nach oben auf die politische Agenda setzt.“, resümiert Grieger.

Weitere Informationen/ Ansprechpartnerin: Jenny-Kerstin Bauer

Petersburger Straße 94 | 10247 Berlin | t: +49(0)30 32299500 | f: +49(0)30 32299501

presse@bv-bff.de | www.frauen-gegen-gewalt.de

Tipps für Medienvertreter*innen zur Berichterstattung über geschlechtsspezifische Gewalt und zum Umgang mit Betroffenen: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/presse/informationen-fuer-die-presse.html>